

Antrag 153/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Parkplatz-Abzocke stoppen: Klare Regeln, faire Grenzen, deutliche Schilder****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die SPD-Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus von
 2 Berlin, im SPD-Landes- und Bundesvorstand sowie im
 3 Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung wer-
 4 den aufgefordert, sich dafür einzusetzen, gesetzliche Än-
 5 derungen vorzunehmen, um Verbraucher*innen auf pri-
 6 vaten Parkplätzen und in Parkhäusern wirksam vor über-
 7 zogenen Forderungen zu schützen. Konkret soll geregelt
 8 werden:

- 9 1. Transparenzpflicht: Betreiber privater Parkflächen
 10 werden verpflichtet, die wesentlichen Nutzungsbe-
 11 dingungen (zulässige Höchstparkdauer, Parkschein-
 12 oder Parkscheibenpflicht, Höhe der Vertragsstrafe
 13 etc.) klar, gut sichtbar und leicht verständlich an je-
 14 der Einfahrt anzubringen. Die Hinweisschilder müs-
 15 sen so angebracht sein, dass sie beim Einfahren
 16 durch die Frontscheibe eines PKW unmittelbar er-
 17 kennbar und gut lesbar sind. Kleingedruckte oder
 18 versteckte Klauseln sind unwirksam.
- 19 2. Deckelung von Vertragsstrafen: Vertragsstrafen auf
 20 privaten Parkplätzen bei Kurzzeitparken werden ge-
 21 setztlich auf maximal 30 Euro begrenzt. Höhere For-
 22 derungen sind unzulässig.
- 23 3. Begrenzung von Zusatzgebühren: Für Mahnun-
 24 gen dürfen höchstens 3 Euro berechnet werden.
 25 Pauschale „Verwaltungsgebühren“ oder ähnliche
 26 Aufschläge neben der eigentlichen Vertragsstrafe
 27 sind unzulässig. Inkasso- oder Anwaltskosten sind
 28 bei standardisierten Massenverfahren grundsätz-
 29 lich nicht erstattungsfähig.
- 30 4. Schlichtungs- und Beschwerdestelle: Es wird eine
 31 bundesweite, unabhängige Schlichtungsstelle für
 32 Streitigkeiten mit privaten Parkplatzbetreiber*in-
 33 nen eingerichtet. Verbraucher*innen können dort
 34 kostenlos Widerspruch gegen Forderungen einle-
 35 gen. Betreiber*innen sind verpflichtet, an diesem
 36 Verfahren teilzunehmen. Zusätzlich wird eine Be-
 37 schwerdestelle geschaffen, bei der Bürger*innen un-
 38 seriöse Praktiken von Parkplatzbetreiber*innen mel-
 39 den können. Häufen sich Beschwerden gegen be-
 40 stimmte Betreiber*innen, müssen die zuständigen
 41 Aufsichtsbehörden tätig werden und Sanktionen
 42 verhängen.

43

44

Begründung

46 In den letzten Jahren hat sich auf privat bewirtschaftete
 47 Parkflächen eine neue Abzock-Masche etabliert: In-

48 transparent gestaltete Nutzungsbedingungen, versteck-
49 te oder widersprüchliche Hinweise und überzogene Ver-
50 tragsstrafen werden genutzt, um Verbraucher*innen mit
51 Forderungen zu konfrontieren, die in keinem Verhältnis zu
52 den Verstößen stehen. Hinzu kommen häufig zusätzliche
53 Mahn-, Inkasso- und Anwaltskosten, die die Beträge wei-
54 ter erhöhen. Die aktuelle Rechtsprechung begünstigt die-
55 ses Vorgehen, weil bereits klein dimensionierte oder un-
56 günstig platzierte Hinweise aktuell oft als ausreichend an-
57 gesehen werden. Das schwächt Rechtsschutz und Rechts-
58 sicherheit und untergräbt das Vertrauen der Menschen in
59 den Rechtsstaat.

60

61 Die vorgeschlagenen Regelungen setzen genau hier an:
62 Erstens sorgt eine verbindliche Transparenzpflicht für gut
63 sichtbare, leicht lesbare Informationen an jeder Einfahrt
64 dafür, dass die maßgeblichen Regeln vor Vertragsschluss
65 unübersehbar sind. Zweitens verhindert eine gesetzli-
66 che Deckelung, dass Vertragsstrafen in unverhältnismä-
67 ßige Höhen steigen. Drittens schiebt eine klare Begren-
68 zung von Zusatzgebühren Fantasieaufschlägen einen Rie-
69 gel vor. Viertens sollen Widerspruchsverfahren vor einer
70 neutralen Schlichtungsstelle geführt werden um Verbrau-
71 cher*innen vor Kosten eines Gerichtsverfahrens zu schüt-
72 zen und eine Beschwerdestelle soll gegen "schwarze Scha-
73 fe" in der Branche vorgehen.

74

75 Diese Maßnahmen stellen Rechtsschutz und Rechtssi-
76 cherheit wieder her, reduzieren Streitfälle und entlas-
77 ten Gerichte. Sie schützen Verbraucher*innen vor über-
78 zogenen Forderungen, stärken die Akzeptanz legitimer
79 Parkraumbewirtschaftung und sorgen zugleich für fairen
80 Wettbewerb unter seriösen Betreiber*innen. So wird Par-
81 ken auf privaten Flächen verlässlich und transparent gere-
82 gelt.